



In der Gleichstellung endlich vorankommen – konkret und auf allen Ebenen

Dank der feministischen Bewegung geht es in der Gesellschaft voran. Man spürt einen breiten Willen zur Veränderung, und das ist gut. Aber: Wir sind noch lange nicht da, wo wir sein wollen. Frauen stehen finanziell immer noch deutlich schlechter da als Männer. Junge Eltern reiben sich auf zwischen Beruf und Familie. Frauen und queere Menschen sind weiterhin mit Sexismus und Gewalt konfrontiert. Gleichstellung ist keine Privatsache, sie geht uns alle an. Es braucht deshalb Massnahmen für mehr Gleichstellung auf allen Ebenen. Die SP setzt sich in den Gemeinden und Kantonen für konkrete Gleichstellungsmassnahmen ein, die auf nationaler Ebene durch die SP Schweiz unterstützt werden:

Mehr Investitionen: Wir leben in einer Welt, die mehrheitlich für und von Männern gestaltet wird. Das hat Auswirkungen bis in die Raumplanung. Um Gleichstellungsziele auch beim Finanzhaushalt und den öffentlichen Investitionen zu realisieren, setzt sich die SP für die Einführung und Durchsetzung des Gender-Budgeting ein. Ein Gender-Budgeting ermöglicht es, die Bedürfnisse aller Geschlechter gleichermassen zu berücksichtigen.

Mehr familienergänzende Kinderbetreuung: Für junge Familien ist es oft schwierig, einen guten und bezahlbaren Kita-Platz zu finden. Das führt dazu, dass vor allem Frauen ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Kinderbetreuung ganz oder teilweise aufgeben. Deshalb hat die SP Schweiz auf nationaler Ebene die Kita-Initiative lanciert. Gleichzeitig sorgen wir auf kantonaler Ebene und in den Gemeinden für genügend bezahlbare Kita-Plätze.

Mehr Zeit für die Eltern – Elternzeit jetzt: Die Schweiz ist hinsichtlich Vaterschafts- und Elternzeit ein Entwicklungsland. Das ändert sich auch mit zwei Wochen Pause für frischgebackene Väter nicht. Für eine echte Gleichstellung braucht es eine ausgebauten Elternzeit für beide Elternteile. Die SP unterstützt jeden realen Ausbau einer Elternzeit; dazu gehören auch die laufenden Bestrebungen für ein parteiübergreifendes paritätisches Elternzeit-Initiativprojekt. Die SP setzt sich zudem auf kantonaler Ebene sowie konkret in den Reglementen für kommunale und kantonale Angestellte für den Ausbau des Vaterschaftsurlaubs sowie die Einführung einer Elternzeit ein. Davon zeugen unterschiedliche Initiativ-Projekte auf kantonaler Ebene.

Mehr Mutterschutz: Nur jede sechste Frau arbeitet bis zur Geburt. Die Erwartung, dass Frauen bis zur Geburt arbeiten sollen, ist gesundheitlich nicht haltbar und in der Realität kaum möglich. Trotzdem kennen wir in der Schweiz im Gegensatz zu allen EU/EFTA-Ländern keinen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub vor der Geburt. Der vorgeburtliche Mutterschutz wäre ein wichtiger Fortschritt, der sich positiv auf die Geburt, die Erholung im Wochenbett und die Gesundheit von Mutter und Kind auswirkt. Die SP fordert deshalb mit einem Vorstoss im Nationalrat die Einführung eines dreiwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes und engagiert sich auch auf kantonaler und kommunaler Ebene (beispielsweise bei der Formulierung von Personalreglementen) für die Einführung eines ausgebauten Mutterschutzes.

Keine Gewalt mehr gegen Frauen! Alle zwei Wochen wird in der Schweiz eine Frau im familiären Umfeld getötet. Diese Bilanz ist erschreckend. Ebenso, wie viele Frauen Opfer von sexualisierter Gewalt werden. Zudem hat jede Frau selber sexuelle Belästigung erlebt oder weiss von einer Freundin, der dies passiert ist. Auf nationaler Ebene steht aktuell unser Engagement für eine «Nur Ja heisst Ja»-Lösung im Zentrum. Auf Gemeinde und Kantonsebene setzt sich die SP ein für Aktionspläne gegen Sexismus und sexuelle Belästigung, für Meldesysteme und Anlaufstellen sowie für genügend Plätze in Frauen- und Mädchenhäusern.

Mehr Raum für alle: Die Raumplanung soll die Anliegen aller Bewohner:innen berücksichtigen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt sich die SP dafür ein, dass bei der Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums und bei Bauvorhaben konsequent das Prinzip des Gender-Mainstreamings angewandt wird. Die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter müssen bei allen gesellschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden.